

# Der Krieg und die russische Linke

Ivan Rodionov

*Vom Autor leicht überarbeitete Fassung eines Vortrags, der am 18. Mai 22 in Kassel bei der von der Marx-Engels-Stiftung organisierten Tagung „Russlands Krieg in der Ukraine“ gehalten wurde.*

Um die Haltung der russischen Linkskräfte zum Ukraine-Krieg besser zu verstehen, lohnt sich ein Blick darauf, welchen Platz sie im gegenwärtigen politischen System Russlands einnehmen und wie dieses System strukturiert ist.

Russland wird in der Regel ein schwammiges staatsideologisches Konzept attestiert. Eine Staatsideologie im Sinne der Sowjetunion aber auch im Vergleich zu der Bundesrepublik (wo dieser Begriff natürlich ein Tabu ist) fehlt tatsächlich. Es gibt kein klar definiertes staatstragendes ideologisches Konzept. An seiner Stelle liegt ein Mosaik - böse Zungen sagen ein Flickteppich - aus Heimatverbundenheit, Besinnung auf die eigene Geschichte, christlich-konservativen Werten (besser: religiösen, denn Russland ist ein multikonfessionelles Land) wie einem traditionellen Familienmodell sowie sozialen Tugenden wie Solidarität, Zusammenhalt und Kollektivismus. Dazu kommt der geistige Nachlass des sowjetischen Sozialismus, der fortwirkt. Dies ist die geistige Heimat der russischen kommunistischen Linken. Der zentrale Unterschied zur Jelzin-Zeit: die sowjetische Epoche wird im heutigen Russland zwar nicht verklärt, aber auch nicht verflucht. Geschweige denn dämonisiert und brachial bekämpft wie in der Ukraine.

Diese ideologische Zwiespältigkeit ist ein Versuch, die zwei großen Stränge der russischen Entwicklung des letzten Jahrhunderts zusammenzuführen: den sozialistischen und den national-konservativen. Der Versuch, ohne Zorn und Vorurteil die Gesellschaft zu versöhnen und zu vereinigen und ideologische, weltanschauliche Risse zu kitten.

Im Gegensatz zu Deutschland wird im russischen Diskurs der Begriff „Ideologie“ nicht gescheut und heuchlerisch mit Euphemismen umgangen. Sondern es wird direkt von der Notwendigkeit einer Staatsideologie als einem die ganze Gesellschaft umspannenden Werte- und Orientierungssystem gesprochen.

Die Bundeszentrale für politische Bildung beschreibt das russische ideologische Konstrukt wie folgt: (2018)

*Putin hat stets eine rechtsliberale Wirtschaftspolitik verfolgt. Auch die Rhetorik des Wirtschaftsliberalismus war ihm nicht fremd. Gleichzeitig enthielten Putins Äußerungen – und insbesondere die programmatischen Papiere der Partei "Einiges Russland" – stets soziale und protektionistische Thesen, und die Propaganda des Regimes strotzte vor Nostalgie nach der Sowjetzeit als Verkörperung der Ideale sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit. Somit besteht die gegenwärtige "offizielle russische Ideologie" aus einer Mischung aus Nationalismus, Liberalismus und sozialem Protektionismus. Das Regime bleibt ideologisch unbestimmt.*

Die Beschreibung ist stark verkürzt, eindimensional und strotzt – um in deren Sprache zu bleiben – von Vorurteil und Oberflächlichkeit. Sie soll den zweckdienlichen Stereotyp bedienen „Putin ist ein

neuer Stalin“ und „All Putins Trachten und Sehnen ist die Wiederherstellung einer Sowjetunion“. Aber sie enthält einen wahren Kern. Das ideologische Konstrukt ist heterogen. Eine Sowjetnostalgie ist in der Gesellschaft tatsächlich verankert. Und Putins Wirtschaftskurs und Rhetorik haben sich stark gewandelt. Von dem Wirtschaftsliberalismus der frühen 2000er zu einem Paternalismus und Protektionismus der späten 2010er und frühen 2020er Jahre. Das russische politische System – inklusive des linken Spektrums - ist stark von der Figur Putin geprägt. Wahr ist aber auch, dass Putin wie kein anderer das Weltbild der Mehrheit der Russen in seinem politischen Handeln vertritt und verkörpert. Aber auch den damit verbundenen Zwängen unterliegt, primär dem äußeren Sicherheitsbedürfnis, welches in das russische historische Gedächtnis tief und blutig eingeritzt ist.

Bezeichnend: Putin wird von den deutschen Staats- und Konzernmedien faktisch von rechts attackiert (obwohl er als geistiger Vater aller Rechten dargestellt wird) – als Verfechter und Möchtegern-Restaurateur einer UdSSR 2.0 und damit logischerweise ein Ultralinker, ein notorischer verkappter Kommunist. Dazu wird gern sein berühmtes Zitat bemüht, „Der Zerfall der Sowjetunion war die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“. Die Aussage stammt aus seiner Rede zur Lage der Nation im Jahr 2005 und es lohnt sich, die Passage unverkürzt anzuführen, denn sie fasst Putins politisches Credo zusammen:

*„Der Kollaps der Sowjetunion war die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts. Für das russische Volk wurde er zu einem wahrhaftigen Drama. Dutzende Millionen unserer Mitbürger fanden sich außerhalb des russischen Staatsgebietes. Die Epidemie des Zerfalls griff auf Russland selbst über. Die Ersparnisse der Menschen wurden schlagartig entwertet, die früheren Ideale zerstört. Viele Institutionen wurden aufgelöst oder überstürzt reformiert. Die Integrität des Landes wurde durch terroristische Intervention verletzt, auf die die Kapitulation von Chassawjurt<sup>1</sup> folgte. Oligarchen-Gruppierungen, die die Informationskanäle unter ihrer vollständigen Kontrolle hatten, bedienten ausschließlich ihre eigenen, Profit-orientierten Interessen. Die Massenarmut wurde als Normalzustand akzeptiert. Das alles vollzog sich vor dem Hintergrund eines extremen Niedergangs der Wirtschaft, finanzieller Instabilität und einer Lähmung des sozialen Bereichs. Viele dachten sich damals, dass unsere junge Demokratie keine Fortsetzung des russischen Staatswesens, sondern dessen endgültiger Zusammenbruch ist, eine Verlängerung der Agonie des Sowjetsystems.“*

Sicher ist Russland ein kapitalistisches Land im Sinne des klassischen Marxismus. Nach dem Zerfall der UdSSR wurde die Lehre von Marx als irrtümlich ad acta gelegt, verworfen zugunsten der Wirtschaftslehre von Adam Smith.

Aber Russland ist ein Land mit nachwirkender sozialistischer Prägung und sowjetischem Nachlass in allen Bereichen, und Putin, beileibe kein Sowjetnostalgiker, ist die Wirkung der sozialistischen Gene in der russischen DNA durchaus bewusst (die weiter als 1917 zurückreichen – Stichwort Narodniki, dt. Volksfreunde).

---

<sup>1</sup> Chassawjurt ist ein Ort in der Nähe der tschetschenischen Hauptstadt Grosny, in dem 1996 die Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet wurden, die das Ende des 1. Tschetschenien-Krieges und die 3-jährige tschetschenische Quasi-Staatlichkeit einleiteten. Chassawjurt steht im Russischen synonymisch für den Verrat nationaler Interessen.

Es mangelt in Russland nicht an politischen Organisationen, die sich als links definieren – d.h. sich zum Kommunismus, Sozialismus oder zur Sozialdemokratie programmatisch bekennen:

11 amtlich eingetragene Parteien,

3 davon haben „Kommunismus“ im Namen: KPRF, KPSS – komm. Partei sozialer Gerechtigkeit und Kommunisten Russlands;

2 sind im Parlament vertreten: KPRF, Gerechtes Russland.

Dazu kommen noch 9 eingetragene politische Vereinigungen mit dem Recht, Wahlkandidaten aufzustellen. Und ungefähr doppelt so viele amtlich nicht registrierte, aber unter dem Radar funktionierende Organisationen und Vereine.

Das Problem der Linken in Russland: Atomisierung – es sind viele Kleinparteien, deren Namen, Programmatik und Ziele *erstens* große Schnittmengen haben, sprich, schwer zu unterscheiden sind; *zweitens*, ihre Zielsetzungen sind weitgehend deklarativ; und *drittens*, es fehlt ihnen ein Anschluss an die Gesellschaft in ihrer Breite. Typisch für sie ist die Abkehr von der politischen Agitation zugunsten der Pflege eigener gesellschaftspolitischer Wunschzettel.

Sowie Abkopplung von der Wirtschaftsbasis. Ich kann nicht behaupten, ein großer Kenner ihrer Programmatik zu sein, aber mir ist kein systemisches linkes Wirtschaftskonzept bekannt. Mit Ausnahme das Sergej Glasjews, des langjährigen Wirtschaftsberaters von Putin (geboren in Saporoschje). Aber er ist keine Partei und gehört zu keiner Partei. In diesem Sinne hat sich die gegenwärtige russische Linke von Lenin und Stalin doktrinär weit entfernt. Diese haben sich primär und fundamental mit der Wirtschaft auseinandergesetzt als materieller Basis der Gesellschaft. Siehe den programmatischen Artikel „Entwicklung des Kapitalismus in Russland“ von Lenin, 1899. Dabei sind im Parlament auffällig viele Unternehmer mit linken Parteibüchern vertreten.

Es gibt keine genuine Arbeiter- und Bauernpartei, dafür mehrere Funktionärsparteien. Sie haben wenig mit dem politischen Kampf am Hut, geschweige denn mit Klassenkampf. Wobei Klassenkampf in Russland ein traumatisch behafteter Begriff ist. Und den fehlenden Klassenkampfegeist kann man im Sinne der Dialektik auch als Verantwortungsbewusstsein beschreiben. Schließlich, um Putin zu zitieren, hat „Russland im letzten Jahrhundert sein historisches Pensum an Revolutionen erfüllt“.

Die größte linke Kraft - die KPRF - befürwortet die Marktwirtschaft, sprich den Kapitalismus. Sprichwörtlich sind Rote Oligarchen wie Pawel Grudinin. Im Netz kursieren Listen kommunistischer Millionäre.

Die KPRF stellt nicht das Ziel der Machtergreifung. In ihren Gremien ist sie mit der Vermarktung der Marke „Kommunismus sowjetischer Prägung“ beschäftigt. Aber an der Basis und in den Regionen stellt die KP durchaus eine echte Opposition zu der Regierung dar: insbesondere beim Widerstand gegen den Sozialabbau - Proteste gegen die Rentenreform sind dabei beispielhaft.

Eine Ausnahme im eher gemächlichen, angepassten linken Biotop bildet die NBP, die National-Bolschewisten – eine militante, stramm organisierte und in der ganzen ehemaligen UdSSR gut vernetzte Struktur, die ihre Unterstützer insbesondere in der jüngeren Altersgruppe hat. Die NBP ist antikapitalistisch, antiliberal und antiglobalistisch – der Geist, der stets verneint.

Viele National-Bolschewisten sind als Freiwillige 2014 in den Donbass gegangen. Viele kämpfen dort auch heute. Besonders gut medial bekannt ist ein charismatischer junger Blogger Stanislav Warg, ein Kanonier der Donezk-Volksmilizen, er führt einen Telegram-Kanal mit über 15.000 Abonnenten - direkt von der Front. Die Partei in Russland seit 2007 gerichtlich als extremistisch verboten. Der Philosoph Alexander Dugin war Mitglied der NBP.

Für die russischen Linken - außer der NBP - stellt der Krieg ein mehrfaches Dilemma dar. Einerseits: die linken Parteien definieren sich als Friedensparteien. Andererseits ist links im Leninschen Sinne alles andere als Pazifismus.

Einerseits, nichts ist linksfeindlicher als die ukrainische nationalistische Staatsideologie und der Kurs auf die brachiale Entkommunisierung.

Andererseits: die Ukraine gilt im offiziellen russischen Duktus als ein künstliches Produkt bolschewistischer Geodesign-Experimente. Und - wohlgemerkt - die Partei hat in den späten 20ern unter Stalin einen radikalen Kurs auf Ukrainisierung vorangetrieben, mit aller bolschewistischen Härte.

Uneingeschränkt unterstützen die russischen Linken die Volksrepubliken Donezk und Lugansk. Diese genießen in Russland große gesellschaftliche Sympathie nicht nur als mutiger prorussischer David, der einem antirussischen Goliath trotzt. Sie werden von den Linken als ein sozialistisches - um nicht zu sagen kriegskommunistisches - Biotop, ein Wirtschaftsmodell mit ausgeprägter staatlicher bzw. öffentlicher Reglementierung angesehen. Als Beispiel einer gelungenen Befreiung von der Macht der Oligarchen, speziell Rinat Achmetows.

Was für die Linke von zentraler Bedeutung ist: Dieser Krieg wird unter dem Banner der Entnazifizierung geführt. Und Antifaschismus ist ihr Fundament und identitätsstiftendes Merkmal. Die ukrainische Regierung betreibt seit dem Maidan-Putsch eine Politik brachialer „Entkommunisierung“. Diese schließt das Verbot kommunistischer Symbole, den Abriss der Denkmäler, die Umbenennung von Straßen und Ortschaften ein. Die rechtliche Grundlage dafür bietet das „Gesetzespaket über die Entkommunisierung der Ukraine vom 31. März 2015“. Es setzt ein Gleichheitszeichen zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus. Nach diesem Gesetz drohen bis zu 5 Jahre Haft für „öffentliche Negierung des verbrecherischen Charakters des kommunistischen totalitären Regimes zwischen 1917 und 1991 in der Ukraine“. Ein krasser historischer Patzer: zwischen 1917 und 1921 herrschte in der Ukraine zuerst die deutsch-österreich-ungarische Marionette Pawel Skoropadski und dann der Nationalist und Judenhasser Semjon Petljura, dessen Reglement durch blutige Pogrome in die Geschichte eingegangen ist.

Die Partei Gerechtes Russland hat sich hinter den Militäreinsatz in der Ukraine vorbehaltlos gestellt. Und zwar geschlossen.

Der Partei-Vorstand der KPRF hat in seiner Resolution vom 25. Februar die Spezialoperation in der Ukraine unterstützt. Ihr Kernpunkt: *„Das ukrainische Volk soll nicht dem globalen Kapitalismus und den Oligarchen-Klans zu Opfer fallen. Die Kommunisten erklären, dass die jahrelange Macht der Nazis in der Ukraine beseitigt werden muss. Faschisten terrorisieren das ukrainische Volk und zwingen der Staatsführung einen aggressiven politischen Kurs auf.“*

Der Parteichef Gennadi Sjuganow, Jahrgang 1944, nahm dazu Stellung: *„Es war eine schwierige Entscheidung über die Position der Partei zu der Spezialoperation der russischen Armee in der Ukraine, auf die wir uns geeinigt haben. Ich will mich direkt an das ukrainische Volk wenden,*

*speziell an meine Landsleute und Wehrdienst-Kameraden: lasst uns die Bandera-Bande aus Kiew verjagen! Diese Bande verunstaltet euer Leben, sie versucht unsere Freundschaft und gemeinsame Entwicklung zu verhindern. Sie versucht, sich die besten ukrainischen Schwarzböden-Gebiete unter den Nagel zu reißen und zu zerstören.“*

Mehrere Parteimitglieder lehnten diese Resolution ab - entgegen der Parteidisziplin oder, mit Lenin, entgegen dem Prinzip des demokratischen Zentralismus. Ein Mitglied der KPRF-Fraktion im Moskauer Abgeordnetenhaus, Ewgeni Stupin, sprach von einem „Eroberungskrieg im Interesse der Oligarchen, nicht der Werktätigen“.

Zwei Duma-Abgeordnete der KPRF-Fraktion widersetzten sich dem Fraktionszwang bei der Abstimmung. Michail Matwejew: „Ich habe für den Frieden gestimmt und nicht für Krieg. Dafür, dass Russland zum Schild werde, damit der Donbass nicht mehr bombardiert wird, aber nicht dafür, dass Kiew bombardiert wird.“

Oleg Smolin: „Eine militärische Invasion schießt weit über das Ziel hinaus. Sie war nicht notwendig. Die Beziehungen zwischen den Russen und den Ukrainern sind damit für mehrere Jahre zerstört. Und: „Die Militärmacht soll in der Politik nur im äußersten Ausnahmefall eingesetzt werden. Ich bedauere den Verlust menschlicher Leben auf beiden Seiten. Mein halbes Leben habe ich in einem einigen Land gelebt.“

Ein weiterer KPRF-Abgeordneter, Wjatscheslaw Markhajew: „Uns haben politischer Wille und Standfestigkeit für eine friedliche Lösung gefehlt.“

Die „Kommunistische Arbeiterpartei Russlands innerhalb der KPdSU“ (früher „Russische Kommunisten-Partei“) hat sich über die Frage der Positionierung zum Krieg gespalten: das Zentralkomitee unterstützte die Operation und würdigte die russischen Streitkräfte für ihren Einsatz. Zwei regionale Organisationen traten aus dem Verband aus, ein ZK-Mitglied legte sein Amt nieder. Die RKRK-KPSS (so das russische Kürzel) ist eine Organisation klassischer marxistischer Prägung mit ca. 2000 Mitgliedern, der Internationale als Hymne, „Proletarier aller Länder, vereinigt euch“ als Leitsatz, Marxismus-Leninismus als ideologischer Basis.

Die Erklärung des Politrates des ZK der RKRK-KPSS „Über die bewaffnete Phase des Konflikts zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine“ fasst das Dilemma der Linken gut zusammen und ist exemplarisch für deren inneren Konflikt:

*„Die Anerkennung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk war überfällig. Lieber später als nie. Die RKRK hat nicht nur die Unabhängigkeit der beiden Republiken seit ihrer Ausrufung unterstützt, sondern die bürgerliche russische Staatsführung von Anfang an aufgefordert, diesen Schritt zu unternehmen – als Hilfe für den Donbass in seinem Kampf gegen die faschistische Aggression seitens Kiewer Nazis.*

*Es ist pure Deklaration, wenn die russische Staatsführung und Putin persönlich humanitäre Hilfe und Rettung der Menschen vor Nazi-Terror zum Ziel der militärischen Intervention erklären. In Wirklichkeit liegt dem Konflikt imperialistische Konfrontation zwischen den USA, der EU und Russland zugrunde, in die die Ukraine hineingezogen wurde. Das Ziel des weltweit mächtigsten US-amerikanischen Imperialismus ist Schwächung des russischen Konkurrenten und Ausweitung seines Einflusses im europäischen Marktwirtschaftsraum. Dazu hat er nicht nur die politischen Führungskräfte, sondern auch die Völker Russlands und der Ukraine gegeneinander aufgehetzt. Der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine ist in seine heiße Phase getreten und das kommt den*

*Imperialisten zupass. Sie wollen die einstigen sowjetischen Teilmölder sich gegenseitig ausbluten lassen.“*

*„Wir haben wenig Zweifel daran, dass die wahren Ziele des russischen Staates in diesem Krieg durchaus imperialistisch sind - nämlich die Stärkung eigener Position im internationalen Markt-Wettbewerb. Aber solange dieser Kampf dem Volk vom Donbass hilft, sich gegen den Bandera-Faschismus zu verteidigen, unterstützen wir Kommunisten diesen Kampf. Wir halten die Gewaltanwendung gegen das Kiewer Regime unter dem Vorbehalt für zulässig, dass diese im Interesse des werktätigen Volkes geschieht.“*

Diese Haltung stimmt grundsätzlich mit der Gemeinsamen Erklärung der Kommunistischen und Arbeiter-Parteien überein (unterzeichnet von 31 marxistischen Verbänden aus ganz Europa von Bulgarien bis Schweden, Latein- und Zentralamerika, Afrika, Mittelasien und Nahost), die in diesem Krieg „den Kampf russischer Monopole gegen die westlichen Monopole in ihrem erbitterten Wettbewerb um die Märkte, Rohstoffe und Transportverbindungen“ sehen.

Interessant ist ein 6-Punkte-Appell von Wladimir Pawlenko, einem ehemaligen Offizier der Sowjetarmee, Antimaidan-Aktivisten und Widerstandskämpfer im Donbass, der 2015 zum Minister für Staatssicherheit der Republik Donezk aufgestiegen ist. Sein Titel: „Warum die linken Kräfte die Militäroperation in der Ukraine unterstützen müssen“. Bemerkenswert, dass er sich auf Lenin bezieht, der sonst in den konservativ-patriotischen Kreisen als Nationalverräter und deutscher Spion gilt.

1. Es waren die Kommunisten (KPRF), die den Aufruf an Putin zur Anerkennung der Volksrepubliken initiiert und die einschlägige Gesetzesvorlage entworfen haben, die von der Staatsduma unterstützt wurde.
2. Diese Initiative schildert den breitesten gesamtgesellschaftlichen Konsens der jüngsten Zeit - nämlich den über die Ziele der Militäroperation. Wie Lenin es formuliert hat: „Wenn es schon zum Krieg gekommen ist, muss alles den Interessen der Kriegsführung untergeordnet werden. Das ganze Leben innerhalb des Landes muss sich dem Krieg unterordnen, jede Schwankung ist dabei unzulässig.“
3. Die größte moralische und politische Unterstützung für die Entmilitarisierung und Entnazifizierung des Kiewer Regimes kommt von den kommunistischen und Arbeiterparteien, die in ihren Ländern an der Macht sind und damit die Verantwortung für das Schicksal ihrer Völker tragen. Die praktische Regierungsarbeit leisten statt Demagogie - in China, der Demokratischen Volksrepublik Korea, Kuba und Vietnam.
4. Der wichtigste und stärkste Verbündete Russlands ist das sozialistische China, mit dem unser Land gemeinsame Ziele in der internationalen Politik verfolgt.
5. Die unmittelbare Hilfe bei der Zerschlagung des Bandera-Nationalismus und Faschismus leistet das brüderliche Weißrussland mit dem Präsidenten Alexander Lukaschenko, der in der postsowjetischen linken Bewegung ein unangefochten hohes Ansehen genießt.
6. Die Gegner der Militäroperation sind vor allem die Vertreter der Bourgeoisie, was sich in der verräterischen Position einiger liberaler Medien widerspiegelt, die sich als besonders russophob, kommunistenfeindlich und antisowjetisch profiliert haben.

Für klassische Marxisten ist es ein Krieg zweier kapitalistischer Systeme. Für die russische Linke überwiegt die antifaschistische Komponente, sowie die patriotische. Auch wenn ihr Patriotismus nicht dem staatlich propagierten russischen Patriotismus gleichzusetzen ist. Es ist ein sowjetischer Patriotismus, der die Sowjetunion als den besten Vertreter der russischen Interessen sieht.

Als Nicht-Marxist und als jemand, der den Marxismus studiert hat: Marxistisch gesehen ist der Ukraine-Krieg ein Konflikt zweier Übel. Von denen das eine das absolute, das andere das relative Übel ist.